

„Sind wir hier in Deutschland?“



Am gestrigen Dienstagnachmittag klingelten sechs Personen aus Afghanistan an einer von ihnen zufällig ausgewählten Wohnungstür in Kiefersfelden im Landkreis. Sie erkundigten sich, ob sie Deutschland bereits erreicht hätten. Offenbar alarmierte der Bewohner die Polizei, denn kurz darauf nahm die Bundespolizei die zwei Minderjährigen und vier Erwachsenen in Gewahrsam.

Ersten Erkenntnissen zufolge war die sechsköpfige Gruppe zuvor in unmittelbarer Nähe zur Inntalautobahn von einem Lkw-Fahrer abgesetzt worden.

Offenbar hatte die Gruppe eine mehrtägige Schleusung auf der Ladefläche eines Lastkraftwagens hinter sich. Ihren Angaben zufolge ließen sich die Organisatoren dieser illegalen Tour ihre Dienste teuer bezahlen.

Gegenüber den Bundespolizisten konnte sich keine der sechs

Personen ausweisen. Sie erklärten, vor den kriegerischen Auseinandersetzungen in ihrer afghanischen Heimat geflohen zu sein.

Für ihre Flucht hätten sie sich Schleppern anvertraut. Diese hätten die Schleusung etappenweise organisiert und hierfür insgesamt bis zu 13.000 Dollar pro Person verlangt. Allein für die letzte Lkw-Etappe, die am Sonntag in Serbien begonnen hätte, wären trotz der widrigen Umstände zwischen der Ladung jeweils etwa 4.000 Euro veranschlagt worden. Die Schulden, die sie bei den Schleusern gemacht haben, hätten sie letztlich abarbeiten müssen.

Gegen den unbekanntem Lkw-Fahrer, der die sechs afghanischen Staatsangehörigen bei Kiefersfelden abgesetzt haben soll, ermittelt die Rosenheimer Bundespolizei wegen Einschleusens von Ausländern.

Da die Migranten aber weder zum Fahrer noch zum Lastkraftwagen hinreichende Angaben machen konnten, gestalten sich die Ermittlungen bislang schwierig.

Nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen wurden die minderjährigen Afghanen im Alter von 15 und 16 Jahren der Obhut des Jugendamtes anvertraut.

Drei der vier erwachsenen Geschleusten, 27, 32 und 46 Jahre alt, wurden einer Aufnahmestelle für Flüchtlinge zugeleitet.

Der vierte junge Mann wird voraussichtlich nach Griechenland zurückgeschoben werden: Der 22-Jährige befindet sich den Nachforschungen der Bundespolizei zufolge dort bereits in einem Asylverfahren.